

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

7.12.1929 (No. 286)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Reichsregierung zum Schacht-Memorandum

Regierungserklärung am Mittwoch im Reichstag
Die Reichsregierung veröffentlichte Freitag abend das folgende amtliche Kommuniqué:

„Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat der Reichsregierung ein Memorandum zu den im Gange befindlichen Verhandlungen über den Youngplan und zu den Fragen der Finanzpolitik zugeleitet. Die Veröffentlichung fällt mitten in Besprechungen, die über diese Frage mit ihm gepflogen worden sind.“

Die Reichsregierung muß ihr Bekannten über die Veröffentlichung aussprechen. Die Boreiligkeit, mit der die Stellungnahme des Herrn Reichsbankpräsidenten erfolgt ist, gefährdet die einheitliche Staatsführung. Der Herr Reichsbankpräsident hatte zwar im Laufe der Besprechungen angekündigt, daß er sich vorbehalten müsse, seine Auffassungen über die Beurteilungen der schwebenden Fragen darzulegen, er hat dabei aber ausdrücklich betont, daß dies in einer Form geschehen würde, die keinen Schaden anrichten könne. Art und Inhalt des Memorandums sowie der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung stehen hierzu in schroffem Widerspruch. Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen des Memorandums einzulassen.

Die Reichsregierung hat sich bereits in den letzten Tagen dahin schlüssig gemacht, dem Reichstag im Laufe der kommenden Woche die Grundzüge ihres finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten. Das Programm wird Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen, eine umfassende Steuerreform und die Entlastung der Kapitallast, insbesondere auch von den Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung durch Verstärkung der Einnahmen der Anstalt, umfassen. Den Fraktionsführern der an der Regierung beteiligten Parteien ist schon vor Tagen eine Einladung zur Erörterung dieses Programms für den Anfang der kommenden Woche zugegangen. Der Reichsbankpräsident wird am nächsten Mittwoch dem Reichstag, dem die Regierung allein verantwortlich ist, dieses Programm der Reichsregierung in einer Regierungserklärung vorlegen und hierfür für die Gesamtpolitik der Reichsregierung die Vertrauensfrage stellen.“

Verlegenheit in Frankreich und England

Die französischen und englischen Pressestimmen zum Schacht'schen Memorandum sind recht verschiedenartig. Dies und die vielfach heftigen Angriffe auf Schacht und die Reichsregierung zeigen jedoch die offenkundige Verlegenheit, die Hauptbeschuldigung Schacht's, daß die Entente-mächte versuchen, immer neue zusätzliche Leistungen entgegen dem Wortlaut und Sinn des Youngplanes aus Deutschland herauszupressen, nicht widerlegen zu können.

In der Pariser Presse wird Schacht fast durchweg beschuldigt, er arbeite den Angehörigen des Volksbegriffens in die Hände. Einige Mütter behaupten, daß er im Einvernehmen mit der Reichsregierung handle, um auf der zweiten Haager Konferenz Vorteile herauszuschlagen.

„Echo de Paris“ erklärt, man könne nicht annehmen, daß Schacht bei dem Volkstentseid die Wagschale zugunsten Hugenberg und seiner Freunde zum Ausschlag bringen werde. Aber er werde die Gruppe von Ungesunden vermehren, um den deutschen Unterhandlern auf der Konferenz seinen Willen zu diktiert. Das laufe darauf hinaus, daß die Gläubiger, die das Abkommen um jeden Preis wollten, vielleicht zu ihren früheren noch weiteren Opfer bringen müßten.

„Welt Journal“ behauptet, Dr. Schacht setze sich über Exekutiv- und Legislativgewalt hinweg und stelle sich seinen Landsleuten als der Retter der deutschen Finanzen vor, als der starke Mann, der Deutschland von seiner Vintzpolitik und seinen Gläubigern befreien werde.

Von den Londoner Blättern überschreibt „Daily News“ einen Leitartikel „Dr. Schacht's Indiskretion“. Das Memorandum, in dem er die Verantwortung ablehnt, sei aber in Anbetracht der Entwicklung seit dem Zeitpunkt der Annahme des Youngplanes durch den Sachverständigenausschuß verständlich. Verständlich sei auch, daß Dr. Schacht nicht bereitwillig sein will für Ratten, die gegen seinen Willen angenommen werden. Seine Autorität als finanzieller Sachverständiger sei zwar riesig, es teile bei ihm aber, wenn er sich in Politik einmischt, ein erstaunlicher Mangel an staatsmännischen Fähigkeiten zutage. Selbst wenn es wahr sei, daß die Lasten, die außerhalb des Youngplanes übernommen wurden, die deutsche Zahlungsfähigkeit überschreiten, so rechtfertigt dies nicht, denen zu helfen, die den Youngplan zum Scheitern bringen wollen.

„Financial Times“ erklärt: Die Erklärung Schacht's werde zweifellos die Agitation in Deutschland gegen den Youngplan stärken. Schacht ist im Recht, wenn er, nachdem der Grundsatz der deutschen Höchstverpflichtung allgemein angenommen worden ist, gegen weitere Lasten Einspruch erhebt, die die gewöhnlichen Erleichterungen illusorisch machen würden. Allerdings unterschätze Dr. Schacht dabei wahrscheinlich die Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ erwähnt ebenfalls die Andeutungen, daß der Schritt Dr. Schacht's der deutschen Regierung zur Stärkung ihrer Stellung in Haag angenehm sein könnte.

Generalfeldmarschall von Madenfen feierte am Freitag unter großer Anteilnahme in Ettlin seinen 80. Geburtstag. Madenfen hatte im Weltkrieg im Osten große Erfolge. Mit seinem Generalstabchef v. Seekt bereitete er die Durchbruchschlacht bei Gorlice und Tarnow vor. Nach dem Zusammenbruch blieb er bei der Truppe, sogar vom Soldatenrat als Beispiel soldatischer Pflichterfüllung anerkannt.

Dr. Götener und Prof. Dr. Zunkers wurden von der Technischen Hochschule München zu Ehrensenatoren ernannt.

Letzte Nachrichten

Die Reichsregierung einmütig

Der Kanzler beim Reichspräsidenten
Br. Berlin, 7. Dez. (Priv.-Tel.) Gegenüber der Meldung eines Berliner Blattes, daß das gestrige Kommuniqué der Reichsregierung nur mit Mehrheitsbeschluß zustande gekommen sei, und zwar ohne die Zustimmung der volksparteilichen Minister und des Ministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß diese Meldung vollkommen falsch ist. Das Kommuniqué sei vielmehr durchaus mit einmütiger Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder abgefaßt worden.

Br. Berlin, 7. Dez. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler Hermann Müller zu einem längeren Vortrag über die politische Lage.

Der preussische Etat

Br. Berlin, 7. Dez. (Tel.) Der preussische Staatsrat stimmte in seiner heutigen Sitzung dem Etat für 1930 zu. Am Dienstag wird auch der Preussische Landtag die erste Lesung des Etats vornehmen.

Die chemische Internationale wiederhergestellt

Br. Berlin, 7. Dez. (Tel.) Der Vorstand des Verbandes deutscher chemischer Vereine, den die deutsche Farben-Gesellschaft für angewandte physikalische Chemie, die deutsche chemische Gesellschaft und der Verein deutscher Chemiker im Vorjahre gebildet haben, hat nach eingehenden Verhandlungen die Einladung der Union internationale de chimie zum Beitritt Deutschlands einstimmig angenommen und Deutschland zur Mitgliedschaft in der Union angemeldet.

Rücktritt der polnischen Regierung

Das Mißtrauensvotum angenommen

Br. Warschau, 7. Dez. (Tel.) Heute um 11 Uhr vormittags fand die Sitzung des Ministerrats statt, in der die durch den gestrigen Sejmbeschluß geschaffene Lage beraten wurde. In politischen Kreisen wird, wie die Polnische Telegraphenagentur mittelt, erwartet, daß das Kabinett noch heute zurücktritt.

Das von den Oppositionsparteien eingebrachte Mißtrauensvotum ist gestern abend gegen 11 Uhr mit 246 gegen 120 Stimmen angenommen worden. Nach der Abstimmung veranfaßten die kommunistischen Abgeordneten eine Kundgebung im Saale, die den Sejmarschall überrumpelte, die Sitzung aufzuheben, ohne den Termin für die nächste Sitzung zu bestimmen.

In polnischen Sejm hatten gestern die Regierungsbekämpfer ihren Mißtrauensantrag gegen den Sejm-Marschall Dajchowski als ausfallslos zurückgezogen, die Kommunisten hatten ihn übernommen. Bei der Abstimmung verließen die Regierungsbekämpfer den Saal, so daß für den Antrag nur ein halbes Dutzend kommunistischer Stimmen unter lauten Ovationen für Dajchowski abgegeben wurden. Dann sprachen nacheinander der Finanzminister, der Handelsminister, der Justizminister und der Innenminister.

Man nimmt jetzt an, daß, wenn Oberst Matyszewski an die Spitze der Regierung berufen wird, sich die Einheitsfront der Parteien der Linken und der Mitte, die gegenwärtig alle der Regierung das Mißtrauen aussprechen, lösen und daß dann die neue Regierung längere Zeit am Ruder bleiben könne, vor allen Dingen dann, wenn sie Einigen entgegenkomme. Auch die Deutschen zweifeln der Regierung das Vertrauen. Der Vorsitzende der Deutschen Fraktion, Raumann, verlässt eine lange Reihe all der Ungerechtigkeiten, die auch unter der jetzigen Regierung die Deutschen zu erdulden haben.

Neue russisch-chinesische Verhandlungen

Zustimmung Mantings

Br. Moskau, 7. Dez. (Tel.) Telegraphenagentur der Sowjetunion. Tschangshueilung hat an das Außenkommissariat der Sowjetunion ein Telegramm gerichtet, in dem er der Sowjetregierung seine volle Zustimmung zu den Ergebnissen der Konferenz in Nikolsk-Ussurtisk zwischen dem diplomatischen Kommissar Tsai und dem Agenten des sowjetrussischen Außenkommissariats Simanowski mitteilt. Ferner erklärte Tschangshueilung, daß er den Kommissar Tsai unbegrenzt mit amtlichen Vollmachten entsenden werde, um mit Simanowski entsprechend dem früheren Telegrammwechsel und den Ergebnissen der Konferenz von Nikolsk-Ussurtisk alle Fragen zu erörtern. Volkstommisssar Litwinoff verständigte Tschangshueilung, daß er den Agenten des Außenkommissariats, Simanowski, angewiesen habe, mit Tsai zusammenzutreffen.

Einer Meldung aus Mukden zufolge hat Manting das Protokoll über die Vereinbarung gebilligt, die in Nikolsk zwischen den Delegierten Rußlands und der Mandchurei erzielt wurde.

Christlichsozialer Einigungsbestrebungen. In Stuttgart fand am Freitag eine erste Frühjahrsversammlung zwischen den Führern der Christlichsozialen Reichsvereinigungen und dem Christlichen Volksdienst statt. Es wurde vereinbart, daß bevollmächtigte Vertreter beider Gruppen am 15. Dezember in Frankfurt a. M. zur Beratung über eine etwaige Verschmelzung zusammenzutreten sollen.

* Das Memorandum des Reichsbankpräsidenten

Der führende Staatsmann von heute muß jeden Tag auf neue Überraschungen gefaßt sein. Und wenn jemand glaubt, in Ruhe und Ungeörttheit wichtige Probleme langsam reifen zu lassen, um dann später im zweckmäßigsten Augenblick die fastige Frucht pflücken zu können, dann wird er sehr bald merken, daß eine solche Politik in dieser unruhigsten aller Zeiten nicht möglich ist, daß es vielmehr am besten ist, dringende Probleme mit Sachkunde und Energie beim Schopfe zu packen und ihre Entwicklung selber zu beeinflussen. Die Öffentlichkeit verlangt in erster Linie die Initiative. Man will das Gefühl haben, daß eine planvolle Führung da ist, und daß etwas geschieht. Gewiß soll die Betrachtungsweise des Politikers so kühl und besonnen als nur irgend möglich sein. Aber seine Handlungsbereitschaft und sein Wille zur Tat müssen stets mit aller Drastik offenbart werden. Nur ja nicht die Dinge an sich heranommen lassen wollen! Man wird meistens von ihnen überrannt oder in eine höchst unerwünschte Defensivlage gedrängt.

Schacht's Memorandum ist ganz aus dem Geiste einer auf Wirkung berechneten Politik geboren. Der Reichsbankpräsident will die Dinge offenbar nicht an sich heranommen lassen. Er will von sich aus sie gestalten helfen, er will Einfluß ausüben, er will anspornen, er will warnen. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Initiative nicht nur jene Unruhe mit sich bringen muß, die letzten Endes, weil nun einmal der Kampf der Vater aller Dinge ist, Fortschritt erzeugt, sondern auch gelegentlich Verwicklungen heraufbeschwören kann. Das Memorandum hat solche Verwicklungen heraufbeschworen. Und mit einem gewissen Recht wird Herr Schacht von einem Teil der Presse vorgeworfen, daß er seine Kompetenzen überschritten habe.

Eine Debatte über diesen Punkt ist jedoch von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Herr Schacht wird sich bestimmt keine Vorschriften machen lassen, und er wird nochmals sicherlich zu seiner Rechtfertigung darauf hinweisen, daß seiner Meinung nach eine Situation entstanden sei, die ihm als dem obersten Leiter der deutschen Notenbank und dem Führer unserer Delegation auf der Pariser Sachverständigenkonferenz ein Eingreifen gebiete zur Pflicht gemacht habe. Wenn Dr. Schacht die Überzeugung hat, daß uns über den Youngplan hinaus neue Belastungen aufgebürdet werden, und daß die dringend notwendige Reichsfinanzreform zu sehr auf die lange Bank geschoben werde, dann hat er auch schließlich das Recht, dieser seiner Überzeugung Ausdruck zu geben. In welcher Form er das tut, darüber läßt sich allerdings streiten.

Wie man jetzt weiß, hat Herr Schacht schon in den letzten Wochen bei verschiedenen Besprechungen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, welches seine Überzeugung ist, und wie sehr er geneigt ist, der Öffentlichkeit Mitteilung von seiner Überzeugung zu machen. Möglicherweise er dann mit seinem Memorandum vor diese Öffentlichkeit getreten. Entweder hat er also die pessimistische Meinung gehabt, daß seine mündlichen Äußerungen doch unbeachtet bleiben, und daß er schreiben müsse, um gehört zu werden. Oder er hat geglaubt, der Reichsregierung gerade das Rückgrat zu stärken, indem er ihr durch sein Memorandum und dessen Beschwerden und Argumente eine gute Plattform zur schnellen Realisierung ganz bestimmter Vorschläge und Maßnahmen darbietet. Aus der offiziellen Mitteilung geht ja klar hervor, daß bereits das Programm der Reichsfinanzreform ausgearbeitet ist und in der nächsten Woche veröffentlicht werden soll. Bei dieser Gelegenheit will die Reichsregierung die Vertrauensfrage stellen.

Die deutsche Presse hat verschiedenartig auf das Memorandum reagiert. Und ebenso verschiedenartig ist die Wirkung auf die Börsen gewesen. In Frankfurt a. M. hat man das Memorandum als unerwünscht beurteilt, allerdings vor allem in innerpolitischer Beziehung im Hinblick auf den Volkstentseid. In Berlin hat die Börse die Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten durchaus zustimmend aufgenommen. Die Frage, ob die Zeit für den Vorstoß richtig gewählt war, wurde als „höllig neben-sächlich“ bezeichnet; ihr könne nur vom parteipolitischen Standpunkt aus Bedeutung beigemessen werden. Auch im Ausland hat der Teil des Memorandums, der auf die Reichsfinanzreform Bezug nimmt, begreiflicherweise Beifall gefunden. Und was den übrigen Teil betrifft, so läßt er sich von einer überlegenen Außen- und Welt-

Schaftspolitik des Reiches auch noch zu unserem Nutzen verwerten.

Darauf kommt alles an, daß die Reichsregierung jetzt auch aus einer Blüte Honig saugt, deren Duft ihr zunächst nicht ganz gefällt. Natürlich wird der Volksentscheid eine Niederlage für die Einseitiger der Aktion mit sich bringen. Aber sogar dieser Volksentscheid oder — besser gesagt — die in unserem ganzen Volk vorhandene Überzeugung, daß der Youngplan uns schon wahrscheinlich über die Grenze des Erträglichen hinaus belastet, kann und sollte von unserer Außenpolitik im Zusammenhang mit den Sätzen des Schacht'schen Memorandums verwertet werden, und zwar im Sinne einer recht ersten Mahnung an die Gläubigerstaaten. Aber diese Mahnung wird erst dann ihre volle Stoßkraft entwickeln, wenn wir selbst in unserer öffentlichen Finanzwirtschaft durch Sparbarkeit und Rationalisierung Ordnung stiften.

Der Vortritt gebührt aber, wie wir schon mehrfach an dieser Stelle betont haben, dem Reiche, der Reichsregierung. Dort ist das große Gebiet, auf dem eine Politik der Sparbarkeit Millionen und Millionen an Ausgaben überflüssig machen könnte. Man muß nur den ersten Willen zur Tat haben. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die vor einigen Monaten erschienene Artikelserie im „Volksfreund“, in welcher ein Reichstagsabgeordneter, der sich in den Reichstag eingearbeitet hatte, nicht nur Kritik übte, sondern eine Reihe der wertvollsten Vorschläge zur Sparbarkeit machte.

Die Sklarek-Untersuchung

Böb wird fünf Stunden vernommen

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß vernahm am Freitag den Oberbürgermeister Böb nochmals fünf Stunden lang; der Oberbürgermeister verteidigte sich, wie in der vorhergehenden Sitzung; man könne unmöglich von ihm verlangen, daß er sich an Jahre zurückliegende Einzelheiten erinnere. Und man verlangte immer wieder von ihm gerade solche Einzelheiten, obwohl aus dem ganzen Verlauf der Vernehmung sehr deutlich wurde, welche geringe Rolle der Komplex um die B. U. G. und A. B. G. im Rahmen der riesigen Stadtverwaltung spielte, die nach den Angaben von Böb 128 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigte. Dem Oberbürgermeister wurde vorgehalten, daß sein Vertrauen gegenüber der eigenen Umgebung und seine mangelnde Menschenkenntnis dazu geführt habe, daß ein erstaunlich großer Teil seiner Mitarbeiter Verfehlungen über Verfehlungen begangen habe, während er selbst im Mittelpunkt stand, sich belügen ließ und von nichts etwas erzählte. Er antwortete, man dürfe ihn doch nicht für Personen verantwortlich machen, die er sich gar nicht auswählen konnte, und die ihm von den Parteien einfach präsentiert wurden. Er mußte zugeben, daß die Behauptungen über recht „nachdrückliche“ Sammlungen für seine Sport-, Kunst- und Wohlfahrtsfonds zurechtfindend sind. Er hat gewußt und gebilligt, vielleicht sogar angeordnet, daß man — wenn auch in früheren Jahren — behördliche Quasidispense und Grundstücksbesitz an die Bedingung der Stiftung von Beträgen für diese Fonds knüpfte. Böb führt dafür soziale Argumente ins Feld.

Stadtrat Gabel hat Mißstände und Verfehlungen, die er ungewißhaft kannte, verschwiegen und vertuscht; er hat sich in andere Degernat eingebracht, um die Sklarek zu begünstigen; er hat bedenkliche Rundverfügungen und Vorlagen ausarbeiten lassen, die Böb vertrauensvoll unterzeichnet. Der Zeuge Novarra, der dem Oberbürgermeister vorgeworfen hatte, er habe von ihm Geldentwurf zu 1 M statt zum richtigen Kreise von 5 M verlangt, erweist sich als wenig glaubwürdig. Novarra hat auch den früheren Bürgermeister von Hannover, Reinert, in den Verdacht gebracht, dunkle Geschäfte betrieben zu haben, was er aus persönlicher Bekanntschaft her wissen wollte. Es gelang ihm nicht, Reinert aus einer Zahl von 30 Abgeordneten herauszufinden. Novarra muß sich schließlich entschuldigen. In einer Konfrontation mit Böb ergibt sich das gleiche Bild. Von seinen Behauptungen bleibt schließlich übrig, Herr und Frau Böb hätten den Geldentwurf als für sie „zu teuer“ bezeichnet, und da habe er vielleicht selbst angeboten, ihn für 1 M das Meter zu

Karlsruher Konzerte

Von unsern Sinfonieorchestern als einer Einrichtung, die allzulange mit Bewußtsein und Fähigkeit nur der Tradition gedient hat, darf man auch heute noch nicht erwarten, daß sie bei der Wahl von Novitäten gerade nach den modernsten musikalischen Darstellungsformen Ausschau halten. Daher war es sehr verständlich, wenn man im

britten Sinfonieorchert

wenigstens zu Hans Gals „Sinfonietta“ griff und damit ein Werk zur Erstaufführung brachte, das zwar die gute alte Melodie immer noch als brauchbar erweist, daneben aber auch sich nicht kampfhaft einer entwicklungsfähigen Erweiterung derselben verschließt. Somit muß diese jüngste Schöpfung des österreichischen Komponisten, der vor allem mit seiner hierorts ebenfalls bekannten Oper „Die heilige Ente“ schnell zu Ansehen kam, als ein besonders fesselnder und pädagogisch richtiger Versuch gewertet werden. Einwände, die sich natürlich stets protestierend melden, hätten allenfalls zu bemerken, daß leider nicht in allen vier Sätzen jene südländische Musikierfreudigkeit vorwaltet, wie sie einige andere jugendfrischere Schöpfungen des Komponisten durchströmt. Auch daß es da und dort etliche leere Stellen gibt, läßt vermuten, daß die Gliederung doch nicht konzentriert genug gestaltet ist. — Nach der freundlich aufgenommenen Neuheit erreichte der Abend einen bedeutungsvollen Höhepunkt mit der Wiedergabe des B-Moll-Klavierkonzertes von Tschaiowsky durch Alexander Brailowsky. Wir haben dieses Werk in den letzten Jahren wahrlich des öfteren hören müssen und es meistens als ein bravourvolles, fast-artistisches Erlebnis empfunden. Diesmal jedoch war davon kaum die Rede dank diesem zu höchsten Anschlagssinnfähigen und dabei so urmusikalischen Pianisten, der übrigens für den Orchesterpart in Generalmusikdirektor Josef Krups einen diesbezüglich nicht minder willigen künstlerischen Gesoffen fand. Mit dem virtuos dirigierten „Heldenleben“ von Richard Strauss schloß die Vortragsfolge, ohne freilich ganz davon zu überzeugen, warum man eigentlich dieses doch im Konzertsaal heute mit gutem Recht stark vernachlässigte Brunnstüd wieder einmal herbeigeht hat.

Die von Veranstaltung zu Veranstaltung größer werdende Gemeinde hat es gleich bei der ersten musikalischen Morgenfeier des bad. Kammerorchesters

viele Besucher unmöglich gemacht, zum erwarteten Genuß einiger Mozartscher Werke zu kommen. Das liegt freilich nicht nur in der Natur des Sache selbst, weil es sich um rein

liefern. Alles andere ergibt trotz schärfstem Kreuzhör der politischen Gegner kaum etwas Neubelastendes für den Oberbürgermeister.

Ausbau der Preußenkasse

Abkommen zwischen Preußen und dem Reich

Die zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen über eine Beteiligung des Reiches an der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse haben, mehreren Blättern zufolge, zu einem Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem preußischen Staat geführt, demzufolge sich das Reich in Höhe von 50 Millionen Reichsmark an der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse beteiligt.

Das Direktorium soll in Zukunft aus sechs Personen bestehen. Der Präsident wird von Preußen im Benehmen mit dem Reiche, zwei weitere Mitglieder werden von Preußen mit dem Reiche und drei weitere Mitglieder auf Vorschlag des Reiches bestellt werden. — Preußen behält seine Aufsichts- und Leitungsbefugnisse, wird sie aber im Einvernehmen mit dem Reiche ausüben. — Zur Verwendung der 50 Millionen Reichsmark als Beteiligung des Reiches an der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse bedarf die Reichsregierung einer reichsgesetzlichen Ermächtigung. Sie beabsichtigt daher, dem Reichstag und dem Reichstag alsbald einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen, der möglichst noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll.

Unternehmerverbände und Arbeitslosenversicherung

Die im Zentralausschuß der Unternehmerverbände zusammengeschlossenen Organisationen (Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelsstag, Reichsverband der Bankleitungen, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels ufm.) veröffentlichten zur geplanten Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung eine Erklärung, worin sie betonen, daß sie einen derartigen Plan zur Erreichung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weder mit den tatsächlichen Verhältnissen der Anstalt, noch mit der gesamten wirtschaftlichen Lage für vereinbar halten.

Der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums stelle einen Lösungsversuch dar, der nicht geeignet sei, die der Reichsanstalt drohenden ersten Gefahren abzuwehren. Gleichzeitig müßten sie sich dagegen verwahren, daß losgelöste von der zwingenden und unauflösbaren Frage der allgemeinen Finanz- und Steuerreform und im Gegensatz zu der von allen Seiten anerkannten Notwendigkeit der Entlastung unserer Produktion auf einem Einzelgebiet erhöhte Leistungen verlangt werden sollten, die im wirtschaftlichen Ergebnis einer Steuererhöhung zu Lasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichkämen, dabei aber nicht einmal den Erfolg haben könnten, die Finanzen der Reichsanstalt auch nur einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Verfassungsreform in Österreich

Der Verfassungsausschuß des österreichischen Nationalrates hat am Freitag die Verfassungsnovelle und das Übergangsgesetz in der durch die Beratungen des Unterausschusses festgelegten Fassung angenommen.

In der Debatte beschränkte sich der Sprecher der Sozialdemokraten auf die Anführung der Punkte der Verfassungsnovelle, gegen die die Sozialdemokraten stimmen müssen, und behielt sich eine eingehende Stellungnahme für die Beratung im Plenum vor. Die Redner der Rechtsparteien gaben einmütig der Meinung Ausdruck, daß die Verfassungsreform wohl als ein Fortschritt, aber nur als eine Etappe in der demokratischen Entwicklung der Republik zu betrachten sei, zumal ja gerade die Bestimmungen über die unmittelbare Demokratie, vor allem über die Volksabstimmung, durch die Haltung der Opposition keine durchgreifende Fortwärtswirkung bedeuteten.

Die Abstimmung ergab für die wichtigsten Teile der Verfassungsnovelle, mit Ausnahme der verfassungsrechtlichen Stellung der Geschworenengerichte und der Geschäftigkeitssanktion für die Landtags- und Gemeinderatsmitglieder. Bei den genannten Materien stimmten die Sozialdemokraten gegen die Vorschläge der Regierungsvorlage, so daß sich bei der Abstimmung im Plenum eine Zweiteilung nicht ergeben kann und diese Vorschläge daher als abgelehnt zu betrachten sind.

Klassische Kunst handelt, für die das Karlsruher Publikum besonders empfänglich scheint, es ist zweifellos auch ein Erfolg der Ausübenden, die sich mehr und mehr als wirklich ernststrebende Musikanten erwiesen haben. Dazu ein sorgfältig ausgewähltes Programm, das, alle ausgetretenen Geleise vermeidend, z. B. in den beiden Sinfonien ziemlich unbekanntere Schöpfungen besuchte. Wie hübsch erlangt gleich die B-Dur-Sinfonie, keineswegs die Arbeit eines zum Meister schon gereiften Künstlers, sondern das Produkt des Neunjährigen, wie man mit Entzücken festzustellen hatte. Und dann wurden ein Divertimento (D-Dur) sowie eine Serenade (für zwei kleine Orchester) in ihrer ganzen meisterlichen Färbung lebendig, und es schabete gar nichts, daß Josef Weiszer solch kanonisch geheiligtem Kunstgut gegenüber es für erlaubt hielt, ein paar Sätze zu unterfalten. Ihm, dem Dirigenten und Violinisten, aber auch seiner ausgezeichneten erzeugenen Musikerschaft war ungeheurer Beifall sicher.

Für das dritte Konzert im kammermusikalischen Beethoven-

Quartett

verpflichtet, jene junge böhmische Vereinigung, die, bisher vorwiegend von ihren modernen Abenden her bekannt, sich jetzt scheinbar ein wesentlich erweitertes Betätigungsfeld schaffen will. Noch abelt ihre Darbietungen nicht ganz das ausgesprochene Stillegefühl und die absolut charakteristische Prägung, wie man sie bei konkurrierenden älteren Quartetten schätzt, und es kann deshalb diesmal auch nicht von einer außerordentlichen Begegnung die Rede sein. Eine Ungerechtigkeit würde man aber trotzdem begehen, wollte man über diesem gewissen Minder an Differenziertheit und Fingerspitzengefühl das immerhin sehr adäquate technische Können und das erfreulich starke rhythmische Rückgrat — über einzelne breite Zeitmaße ließe sich allerdings rechten — vollkommen vergessen. Wieder lag ihrer Vortragsfolge ein frühes, mittleres und spätes Werk zugrunde, wobei es doch eigentlich auch für die Potenz der vier Spieler sprach, daß ihnen gerade das op. 127 (Es-Dur) in einer Ausdeutung von nicht alltäglichem Zuschnitt gelang.

Julius-Weismann-Festkonzerte in Karlsruhe. Die Badische Hochschule für Musik in Karlsruhe gedenkt des 50. Geburtstages des Freiburger Komponisten Julius Weismann durch Veranstaltung von zwei Festkonzerten am 9. und 10. Dezember, in deren zweitem der Komponist selbst mitwirken und bei dieser Gelegenheit seine eben entstandenen 18 Inventionen opus 101 für Klavier zur Aufführung bringen wird.

Der Fall „Frankfurter Allgemeine“ und die Aktienrechtsreform

Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Homburger in Karlsruhe

In einer aus den Kreisen von Handel und Industrie wie auch von Juristen gutbesuchten Versammlung, zu der die Handelskammer Karlsruhe für Freitag nachmittag in großen Sitzungssaale dieser Körperschaft eingeladen hatte, hielt Rechtsanwalt Dr. Max Homburger einen hochinteressanten Vortrag über das obige aktuelle Thema.

Der Redner führte u. a. aus, bei der geplanten Reform werde unbedingt dem Umstand Rechnung getragen werden müssen, daß durch die Wirtschaftsentwicklung der letzten 5 Jahre weitverbreitete Mißstände in Form der Aktiengesellschaft zahlreich kleinen und mittleren Unternehmungen sowie Familiengesellschaften in der gleichen Rechtsform gegenübertraten. Es werde sich nicht durchführen lassen, daß für diese so verschiedenartigen Rechtsgebilde ein einheitliches Recht geschaffen wird. Das künftige Gesetz müsse dem wirklichen Rechtszustand angepaßt werden, ohne daß allerdings bestehende Mißstände gesehlich beanstandet werden. Die internationale Rechtsvergleichung sei für das Reformwerk unbedingt erforderlich, eine schematische Übertragung ausländischer Vorschriften aber nicht durchweg möglich.

Notwendig erweise zunächst eine Reform der Bestimmungen über den Aufsichtsrat und die gesetzliche Einführung eines besonderen Kontrollorgans, wie es das internationale Recht weitgehend kennt. Heute lägen die Dinge so, daß die Pflichten des Aufsichtsrats und damit die Voraussetzungen für seine Regreppflicht auf ein solches Minimum herabgedrückt sind, daß die im Interesse der Aktionäre und Gläubiger erforderliche Kontrolle in Wahrheit nicht mehr besteht. Dieser Weg sei falsch. Es müsse ein Organ geschaffen werden, das keinerlei Verwaltungsgeschäfte betreibe, das ferner dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vollkommen unabhängig gegenüberstehe. Diesem Kontrollorgan, so fuhr der Referent fort, obliegt einmal die materielle Kontrolle der Jahresbilanzen und außerdem bei den großen Gesellschaften die laufende Überwachung der Geschäftsführung. Die damit betrauten Personen übernehmen selbstverständlich auch die Haftung für ihre Arbeit. Ihre Wahl erfolgt durch die Generalversammlung; eine wesentliche Mitwirkung kommt nicht in Frage.

Dr. Homburger wies darauf hin, daß die Fabag neben 20 Millionen voll einbezahlten Inhaberkonten 5 Millionen Namensaktien besitzt, die mit 25 Proz. eingezahlt sind und nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats übertragen werden können. Praktisch haben diese Aktien zehnfaches Stimmrecht gehabt. Das Stimmrecht solcher Schutzaktien muß in Zukunft wegfallen; sie sind noch viel gefährlicher wie Mehrstimmaktien, weil keine gesonderte Abstimmung stattfindet.

Die Hauptverluste der Fabag sind dadurch entstanden, daß in größtem Umfange scheinungsstrenge Geschäfte getätigt wurden. Nach englischen Recht wäre das unmöglich, weil die Gesellschaft nur durch solche Verhandlungen des Vorstandes verpflichtet wird, welche sich im Rahmen der Satzung halten. Die Einführung einer entsprechenden Vorschrift in das deutsche Recht muß wegen der drohenden Rechtsunsicherheit abgelehnt werden. Die Verwaltung der Fabag hatte die Einführung einer Revisionskommission beantragt und damit der Minderheit die Möglichkeit genommen, hinsichtlich der Personen für die Kommission Einfluß zu gewinnen. Es muß künftig dafür Sorge getragen werden, daß auch in solchen Fällen Vertreter der Minderheit in die Kommission kommen.

Aktien der Verwaltungsmittglieder dürfen bei der Wahl kein Stimmrecht haben. Endlich muß die Kompetenz der Kommission dadurch erweitert werden, daß sie die Mitglieder der Verwaltung auch übernehmen kann. Daß das Auskunftsrecht des Einzelaktionärs durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts beseitigt wird, ist unhaltbar.

Der Redner erinnerte dabei an die Tatsache, daß eine Verantwortung wichtiger Fragen, die in der Generalversammlung an die Verwaltung der Fabag gestellt wurden, nicht zu erreichen war, da die überwiegende Mehrzahl der Aktien im Sinne der Verwaltung stimmte und eine Zulassung der Fragen abgelehnt hätte.

Der größte Teil der Aktien war in jener Generalversammlung durch die Verwaltungskonten vertreten, die mit den Aktien ihrer Kunden abstimmen. Dieses Bankstimmrecht muß bei der Reform des Aktienstimmrechts stark modifiziert werden. Es wird weiter die Frage zu prüfen sein, ob nicht die Banken selbst der Aktiengesellschaft gegenüber haften, falls die von ihnen in den Aufsichtsrat entsandten Inhaber oder Direktoren ihre Pflichten verletzen.

Der Referent schloß mit dem Wunsch, daß das künftige Aktienrecht die Aktienflucht im Inland behebe und das gewöhnliche Vertrauen des Auslandes wiederherstelle.

Die Länderkonferenz in Schwerin. Im Regierungsgebäude zu Schwerin traten am Freitag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin die leitenden Minister von Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe zu einer Besprechung zusammen. Diese dient zur Information über die bisherigen Beschlüsse des Unterausschusses der Länderkonferenz, dem nicht alle Länderregierungen angehören. Die bisherigen Arbeiten im Unterausschuß der Länderkonferenz wurden erörtert. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Lambach-Gruppe und der Youngplan. Abg. Lambach erklärt jetzt, daß bei ihm und seinen Freunden niemals die Absicht bestanden habe, dem Youngplan zuzustimmen, wie das von einzelnen deutschnationalen Organen angedeutet worden sei. Die Zustimmung zum Youngplan komme für Lambach und die christlichsozialen Abgeordneten, die sich mit ihm gemeinsam von Hugenberg gelöst hätten, gar nicht in Frage. Frauenwahlrecht in der Türkei. Die türkische Nationalversammlung hat in zweiter Lesung einen Gesetzesentwurf angenommen, der den Frauen das Wahlrecht zugesetzt.

Riesenertrag in Paris

PARIS, 7. Dez. (Tel.) Wie die Agence Havas berichtet, sind auf Grund von ungefähr 15 Klagen aus der Provinz gestern die drei Direktoren einer Kohlenhandels-Gesellschaft verhaftet worden, desgleichen ein Bankier, der die Aktien dieser Gesellschaft ausgegeben hatte. Die Verhafteten stehen unter dem Verdacht, den Aktien einen fiktiven Börsenwert gegeben zu haben. Die bisher vorliegenden Klagen lassen auf eine Schädigung des Publikums in Höhe von etwa zwei Millionen schließen. Es soll sich jedoch, wenn alle Klagen vorliegen, um eine bedeutend höhere Summe — man spricht von 300 Millionen — handeln.

Der Versicherungsschwindler Tegner hat bei seinem ersten Verhör in Straßburg gestanden, daß er einen Wanderburschen in das Auto genommen, dieses dann mit Benzin übergoßen und angezündet habe. Der Wanderer ist bei lebendigem Leibe verbrannt. Tegner will die Tat in großer Notlage begangen haben.

Auf die Spartaße Friedrichshafen bei Wetzlar wurde ein dreifacher Überfall verübt. Den maskierten Räubern, die mit Revolvern bewaffnet waren, sollen 10 000 M in die Hände gefallen sein.